

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 12

Artikel: Die erzwungene Abgrenzung : die KPI von Gramsci über Togliatti und Longo zu Berlinguer
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094698>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die KPI von Gramsci über Togliatti und Longo zu Berlinguer:

Die erzwungene Abgrenzung

Peter Sager zu den italienischen Wahlen

Eine kommunistische Regierungsverantwortung (oder Machtübernahme) erscheint heute vielen in- und ausländischen Zeitgenossen als Alternativmöglichkeit zur Korruption der bürgerlichen Demokratie. Aber die Herrschaft der KPI bedeutet eine Absage nicht nur an die Gebrechen, sondern auch an die Essenz der bürgerlichen Demokratie, zu der es immer noch kein Gegenstück gibt, das wirklich demokratisch wäre. Es ist auch für die italienische Zukunft nicht in Aussicht.

Wiederholen die italienischen Parlamentswahlen vom 20. Juni eine geschichtliche Situation?

Es wird ein Urnengang von historischer Bedeutung sein, ähnlich den Aprilwahlen von 1948, als sich die KPI an der Schwelle der Machtübernahme wähnte und dabei scheiterte.

1948 und 1976

Aber es gibt wesentliche Unterschiede heute im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit:

- **Damals** war der italienische Parlamentarismus erst vier Jahre alt; er musste sich noch über keine Leistungen ausweisen.
- **Heute** ist der italienische Parteienpluralismus 32 Jahre alt; er kann, aus der Sicht des Volkes gesehen, kaum genügende Errungenschaften vorweisen.
- **Damals** hatte die KPI ein wenig rühmliches Gastspiel in der Regierung abgeschlossen. In den sieben Regierungen von 1944 bis 1947 hatte sie unter anderem die Minister für Justiz, Finanzen und Landwirtschaft gestellt. Palmiro Togliatti selber war sogar Vizeministerpräsident gewesen. In der Triesterfrage hatte die KPI 1946 den Moskauer Standpunkt unterstützt und von da an auch Obstruktion gegen die Wirtschaftspolitik de Gasperis getrieben.
- **Heute** kann die KPI auf 29 Jahre in der anspruchsloseren Opposition hinweisen, während welcher Zeit sie keine Verantwortung tragen musste und bloss kritisieren konnte.
- **Damals** verfügte das demokratische Italien mit Ministerpräsident Alcide de Gasperi, Präsident Luigi Einaudi und Giuseppe Saragat über hervorragend qualifizierte und allgemein anerkannte Persönlichkeiten, die Gegenspieler der KPI waren.
- **Heute** fehlen solche Männer; die Führung der Christlich-Demokraten hat sich verbraucht und ermangelt der Glaubwürdigkeit. Die Liberalen sind dezimiert, die Sozialdemokraten verzwi-
stet.
- **Damals** hatten die katholische Kirche und der Heilige Stuhl eine unmissverständliche Haltung in der aussenpolitischen Frage.
- **Heute** ist die Haltung des Vatikans gespalten, sogar zweideutig, namentlich in seiner Osteuropapolitik (wie kürzlich eingehend gezeigt worden ist).
- **Damals** folgte die KPI stramm und stur der Moskauer Linie und musste sich gefallen lassen,

das die zunehmende Kritik an der UdSSR gegen sie selbst verlängert wurde, und das nicht nur in Belangen der italienischen Innenpolitik. Der von Kommunisten ausgelöste Bürgerkrieg in Griechenland, in dessen Rahmen Tausende griechischer Kinder zwangsweise nach Osteuropa verschleppt worden sind; die sowjetische Blockade gegen Westberlin, der Hunderte von Säuglingen zum Opfer fielen; der Abfall Titos, der den ersten Bruch zwischen regierenden kommunistischen Parteien vollzog: all das hatte eine weltweit wachsende Kritik an Moskau verursacht, die sich auch gegen die KPI auswirkte.

● **Heute** aber hat sich die KPI von solchen Moskauer Belastungen taktisch geschickt freigespielt. Sie hat die sowjetischen Invasionen in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 offiziell kritisiert. Und Enrico Berlinguer hat sich sogar am 25. Parteikongress der KPdSU auf seinen «nationalen Weg zum Sozialismus» berufen.

Die Frage, ob die KPI sich tatsächlich in eine genügende Distanz zu Moskau gesetzt hat, dürfte über den Ausgang der Wahlen vom 20. Juni entscheiden. Dieser Frage wollen wir uns daher eingehender widmen.

«Romanische Eigenart»: Korruptierbarkeit von Diktatur und Demokratie?

Eine Vorbemerkung grundsätzlicher Art ist unvermeidlich: Politische Entscheidungen, heisst es, müssten sich im mediterranen Italien ohnehin «ganz anders» auswirken als anderswo. Nun, auch die Ungarn oder die Polen haben «unverwechselbare Eigenschaften»... Aber selbst wenn wir die national-regionalen Besonderheiten gemäss den üblichen Erwartungen einstufen, bieten sie weder eine Garantie gegen die Diktatur noch eine Garantie für die Demokratie.

Die Italiener sind romanische Südländer. Sie haben Eigenarten, die sich auch politisch auswirken, mit Vorteilen und Nachteilen. Der Vorteil im politischen Bereich liegt darin, dass die Italiener eine Diktatur oft zu mehr Menschlichkeit zu korrumpieren vermögen. Dem entspricht auch der Nachteil, dass eine Demokratie in Italien besonders leicht durch den übersteigerten Individualismus an den Rand des Chaos gezwungen werden kann.

Die faschistische Diktatur erreichte beispielsweise bis zum Ausbruch des Krieges niemals die systematische Härte und inhumane Grausamkeit

der nationalsozialistischen. Andererseits sind aber auch der Nachkriegsdemokratie die unbe-streitbaren Leistungen schlecht gelohnt worden, sowohl durch Korruption in der Führung als auch durch ein Abseitsstehen des Volkes.

KPI in der Zwischenkriegszeit: Sowjetbürger Togliatti

Das hat sich auf bemerkenswerte Weise schon auf die Anfänge der KPI ausgewirkt.

Die Partei entstand 1921 aus einer Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens, als deren Mehrheit sich dem Diktat der Dritten (kommunistischen) Internationalen nicht beugen wollte. Bereits zwei Jahre später wandte sich der erste Generalsekretär Antonio Gramsci gegen eine Gruppe orthodoxer Kommunisten, die er ausschliessen musste, um seine Volksfront-Taktik durchzusetzen.

Als 1926 die KPI durch Mussolini verboten und Gramsci inhaftiert wurde, übernahm Palmiro Togliatti die Führung. Er lebte als Komintern-Funktionär unter dem Namen Ercole Ercoli in Moskau und gab 1927 sogar seine italienische Staatsbürgerschaft zugunsten der sowjetischen auf.

Anfänglich hatte auch Togliatti Flexibilität be-



Antonio Gramsci (1891-1937). Er setzte in den zwanziger Jahren die Volksfronttaktik der KPI gegen den Willen der Komintern durch, wozu er eine Gruppe orthodoxer Kommunisten ausschliessen musste. Heute ist die Volksfront als Mittel zum Zweck sowohl in der kommunistischen Weltbewegung als auch im Sowjetlager allseitig anerkannt; zur Diskussion steht nach wie vor die Kontrolle durch die nicht mehr deklarierte Moskauer Zentrale.



Palmiro Togliatti (1893-1964). Sein politisches Testament verkündete die Gedanken des Polyzentrismus, den man zur Zeit Chruschtschows als Trend der Zukunft wertete, mit einer Unbefangenheit allerdings, die heute nicht mehr möglich ist.

kundet, wurde dann aber durch harte Komintern-Kritik an seiner Toleranz gegenüber rechtsstehenden Parteimitgliedern an die Kandare genommen. Im Jahre 1929 veröffentlichte er eine entwürdigende Selbstkritik, in der er dem Moskauer Zentrum für die «Lehre in Bolschewisierung» dankte. Er rief zum Generalstreik in Italien auf und setzte den im Lande tätigen Parteivorstand kurzerhand ab, als letzterer dieser irrealen Order keine Folge leistete. Die kommunistische Opposition im italienischen Untergrund brach zusammen.

Togliatti war von 1934 bis 1937 und von 1939 bis 1943 in Moskau. Er wurde stellvertretender Generalsekretär der Komintern unter Dimitrow und folgte allen taktischen Anweisungen Moskaus. So unterstützte er 1935 die Volksfront-Taktik gegen den Faschismus, die er zuvor bekämpft hatte, nahm die Säuberungen in der Sowjetunion protestlos hin und präsierte sogar die ausserordentliche Untersuchungskommission der Komintern, die 1937 den früheren ungarischen Kommunistenführer Bela Kun der antiso-wjetischen und konterrevolutionären Tätigkeit schuldig befand. Bela Kun wurde später rehabilitiert.

Nachkriegszeit: Die späte Entdeckung des Polyzentrismus

Erst nach Hitlers Einfall in die Sowjetunion im Juni 1941 begann die KPI, den Widerstand in Italien zu organisieren, das dann aber so gut, dass sie bei Kriegsende das grösste Ansehen genoss und den Nationalen Befreiungsrat dominierte. So wurde der Weg für eine Regierungs-beteiligung geebnet, die indessen nur drei Jahre dauerte.

Die KPI blieb nach dem Krieg auf Moskauer Kurs, auch in der Jugoslawienfrage. Die «Unità», das Zentralorgan der KPI, griff 1948 die

«Tito-Provokateure» kaum weniger heftig an als selbst Kominform-Blätter es taten. So konnte die KPI wenig Fortschritte erzielen. In den Wahlen von 1948 war sie in einer Allianz mit der Sozialistischen Partei gestanden und hatte mit dieser 30,7% der Stimmen und 182 von 574 Mandaten gewonnen. In den Wahlen von 1953 fiel sie auf 22,6% der Stimmen und 143 von 590 Mandaten zurück.

Das Jahr 1956 erschütterte die kommunistische Weltbewegung zutiefst. Es ging auch an der KPI nicht spurlos vorüber.

Chruschtschows Stalin-Kritik am 20. Parteikongress der KPdSU im Februar zwang Togliatti, sich eilends von Stalins «moralisch abstossenden Taten» loszusagen, wiewohl er sich 1949 anlässlich von dessen 70. Geburtstag in byzantinischen Elogen über den Diktator ausgelassen hatte. Nach wie vor aber betonte Togliatti, dass «die Gründung der Sowjetunion das grösste Ereignis der zeitgenössischen Geschichte» sei.

Unter dem Eindruck dieser Stalin-Kritik und der Absage an den Personenkult begann Togliatti, die Idee des «Polyzentrismus» zu entwickeln, die er dann in seinem politischen Testament hinterliess. Mit dem Hinweis, dass es in der kommunistischen Weltbewegung mehrere Zentren geben könne, wollte er eine gewisse Autonomie der KPI unterstreichen.

Das sollte jedoch keine Absage an die Sowjetunion bedeuten. Togliatti berief sich weiterhin auf die «ehernen Bande», die KPI und KPdSU verbinden.

Aergernis Ungarn

Die sowjetische Invasion in Ungarn wurde von der KPI bedauert, aber auf die Schwäche der ungarischen KP-Leitung zurückgeführt.

Anders verhielt sich der Sozialistenführer Pietro Nenni, der 1956 den 1952 erhaltenen Stalin-Orden zurückgeschickt hatte und die Zusam-

menarbeit mit der KPI aufkündete. In einem Leitartikel im «Avanti» vom 16. Mai 1958 stellte er fest, die KPI habe der Arbeiterklasse und dem italienischen Volk keine Garantie zu geben vermocht, dass sich Ereignisse wie jene in Polen im Juni und in Ungarn im Oktober/November 1956 nicht auch in Italien wiederholen könnten.

Dies ebnete den Weg zur «apertura a sinistra», in deren Rahmen von 1962 an die Sozialistische Partei an Regierungen beteiligt war oder sie unterstützte.

Togliatti verstarb 1964 in der Sowjetunion. Er hinterliess als politisches Testament ein Memorandum, in dem er die Probleme auszuloten versuchte, die sich der kommunistischen Bewegung stellten. Die schärfste Kritik an Moskau betraf die kulturelle und religiöse Repression in der Sowjetunion, ferner den Bruch mit China. Auch forderte er Untersuchungen über die Ursprünge des Stalin-Kultes, der nicht einfach dem persönlichen Versagen des Diktators allein angelastet werden könne.

Aergernis Prag

Offenbar war sich Togliatti klar geworden, dass dem System selbst nicht unerhebliche Verantwortung zufällt. Jedenfalls hatte er damit jene Probleme angesprochen, die im sowjetischen Verhalten den westeuropäischen kommunistischen Parteien die grössten Schwierigkeiten bereiteten, ja ihnen sogar geradezu als Hindernisse im Weg zum Erfolg lagen, nämlich zur Mobilisierung grösserer Wählerkreise und damit zur Regierungsbeteiligung.

Togliattis Nachfolger wurde der orthodoxe Luigi Longo, dem 1975 der Lenin-Orden verliehen worden ist. Ein Zeichen, dass Moskau viele Pferde im Stall hält.

Anfang 1968 stellte sich die KPI hinter Dubcek und seinen humanen Kommunismus. Im Prager



Wie gross wird die Siegesmeldung erst diesmal ausfallen? Nach den Wahlen von 1968 freute sich der damalige Parteichef Luigi Longo (sitzend) «nur» am kontinuierlichen Vormarsch der KPI. Heute greift sie unter Berlinguer (stehend rechts) nach der Macht.

KPI-kontrollierte Organisationen

Die KPI-Führung wird nicht nur durch die eigene Mitgliedschaft unterstützt, sondern auch durch die von der Partei kontrollierten Massenorganisationen und die italienischen Niederlassungen der von Moskau gesteuerten internationalen Frontorganisationen.

Die wichtigste Massenorganisation ist die grösste italienische Gewerkschaft, Confederazione Generale Italiana Lavoratori (CGIL). Diese zählt unter ihren 4 Millionen Mitgliedern eine beträchtliche sozialistische Minderheit, ist aber von der KPI kontrolliert.

Allerdings werden diese Querverbindungen mehr und mehr getarnt. Der Chef der CGIL, Luciano Lama, trat aus diesem Grunde 1970 aus dem Partei-Direktorium und 1974 aus dem Zentralkomitee aus. Die Verbindung zu dem von Moskau geleiteten Weltgewerkschaftsbund wurde – offiziell – ebenfalls gelockert.

Ferner gibt es den Kommunistischen Jugendbund FGCI mit rund 130 000 Mitgliedern.

Der Italienische Frauenbund UDI ist angeblich parteipolitisch neutral, praktisch aber von der KPI kontrolliert.

Die Gesellschaft der ehemaligen Widerstandskämpfer ANPI steht ebenfalls unter kommunistischer Führung.

Die drei letzteren Organisationen sind Vollmitglieder der entsprechenden sowjetisch gelenkten Frontorganisationen.

Die Gesellschaft für italienisch-sowjetische Freundschaft stellt weitere Bindungen zwischen Moskau und der KPI her.

Frühling wurde die Bestätigung von Togliattis These von der «Vielfalt in der Einheit» erblickt.

Daher war dann die sowjetische Militärintervention in der Tschechoslowakei am 21. August 1968 ein harter Schlag für die Glaubwürdigkeit der KPI. Der Kritik an Moskaus Haltung folgte aber immer auch ein Treuebekenntnis zur Sowjetunion. Am 24. Kongress der KPdSU im Jahre 1971 hatte Berlinguer, der ein Jahr später Generalsekretär der KPI wurde, mit aller Deutlichkeit unterstrichen, dass seine Partei keine Schwächung der internationalen Solidarität mit der revolutionären Bewegung und keine antisowjetische Haltung dulde. So wurde schon 1969 die Gruppe «Il Manifesto» aus der KPI ausgeschlossen, weil sie die Parteileitung wegen deren pro-sowjetischen Haltung und wegen mangelndem revolutionärem Elan kritisiert hatte.

Von Chile zu Portugal: Verkündung des «Compromesso storico»

Der Sturz Allendes im Herbst 1973 bedeutete eine neue Nutzenanwendung für die KPI.

Besser als sie selbst und die «neulinken» Radikalen es zugaben, dürfte die KPI den wahren Sachverhalt verstanden haben: Allende scheiterte an einem echten Volkswiderstand, und der war Folge gewesen eines ungeduldigen Versuches, die kommunistische Diktatur allzu schnell zu verwirklichen. Namentlich war es Allende nicht gelungen, die Christdemokraten auf seine Seite zu ziehen.

Die KPI zog die Konsequenzen aus einer vermutlich eingehenden Analyse der chilenischen Entwicklung. Ihre Antwort lag in der These vom «historischen Kompromiss», in dessen Rahmen Christdemokraten und Moskauer Kommunisten erstmals ihre Kräfte in einer gemeinsamen Regierung vereinigen sollten.

Der «historische Kompromiss» sollte vermeiden, wie Berlinguer Mitte Oktober 1973 in der «Rinascita» ausführte, dass die Zwischenklassen der Regierung entfremdet würden und sich gegen sie wendeten. Die Regierung sollte sich in ihrem Bestreben, tiefgreifende Reformen durchzuführen, vielmehr auf breiteste Volkskreise abstützen, um schliesslich die Verbindung aller demokratischen Kräfte einzuleiten.

Mittlerweile schienen die Entwicklungen in Por-

tugal nach dem Sturz des Salazar-Regimes am 25. April 1974 die KPI-These vom «historischen Kompromiss» zu widerlegen. Alvaro Cunhal von der kommunistischen Partei Portugals (PKP) hatte es geschickt verstanden, sich auf einem harten orthodoxen Kurs in den Vordergrund zu drängen. Ende September 1974 konnte der gemässigte Präsident Spínola ausgebootet werden. Anfang März 1975 gelang es der PKP, im Gefolge eines vorgetäuschten Rechtsputsches ihre Positionen beträchtlich zu verstärken. Portugal schien auf dem Weg zur Volksdemokratie.

Ein Sieg Cunhals hätte jedoch das politische Ende Berlinguers und seines Kurses bedeutet. Mehr noch: für einen solchen Fortschritt in Portugal hätte Moskau nicht nur die KPI belastet und jeder andern westeuropäischen KP eine schwere Hypothek aufgebürdet, sondern vermutlich eine westeuropäische levée en masse gegen den kommunistischen Vormarsch bewirkt, der durch ein kommunistisches Portugal allzu offensichtlich geworden wäre.

Das vor allem musste verhindert werden. Es spricht denn auch einiges dafür, dass Moskau im Sommer 1975 Cunhal die Unterstützung entzog. Und es darf angenommen werden, dass Cunhal mit dem Putschversuch vom 25. November 1975 in einer Verzweiflungstat versuchte, Moskau vor vollendete Tatsachen zu stellen und zur Unterstützung seiner Politik zu zwingen.

Cunhal ist gescheitert. Der Eurokommunismus, wie er nun in Italien seiner ersten grossen Prüfung entgegenging, fand seine Bestätigung in Cunhals (und Allendes) Misserfolg.

Testfragen zur Unabhängigkeit von Moskau

Die gedrängte geschichtliche Darstellung dürfte mit genügender Deutlichkeit nachgewiesen haben: die KPI plakatiert eine von Moskau unabhängige (durchaus nicht unabhängige) Linie nicht wegen ihres Eigenwertes, sondern weil sie durch das italienische Volk dazu gezwungen worden ist. Solange sie offen im Moskauer Kielwasser steuert, hat sie keine Chance auf einen entscheidenden Wahlerfolg, auf eine Rückkehr in die Regierung und dadurch an die Macht. Daher muss so die KPI versuchen, mit einem taktisch bedingten Etikettenwechsel eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau darzutun.

Dass die Sowjetunion angesichts dieser eurokommunistischen Taktik Zurückhaltung an den Tag legt – den Ausführungen Berlinguers waren auf dem 25. Parteikongress in Moskau zahlreiche Redner entgegengetreten, und Marchais wurde zum Fernbleiben veranlasst, weil die sowjetische Billigung sonst allzu augenfällig geworden wäre – widerspricht unserer Vermutung keineswegs. Im Gegenteil: diese Zurückhaltung soll gerade die Glaubwürdigkeit von Berlinguer und Marchais in deren Ländern anheben. Davon profitiert Moskau ja auch denn, wenn es an einigen Bekundungen des Eurokommunismus echten Anstoss nehmen sollte.

Wenn wir es als erheblich wahrscheinlicher bezeichnen, dass die KPI vornehmlich aus taktischen Gründen eine Distanz zu Moskau bekundet, in Tat und Wahrheit aber in die sowjetische Westpolitik eingebettet ist, so betrachten wir die folgenden Gründe als bestimmend.

● Generalsekretär Enrico Berlinguer hat nicht nur den nationalkommunistischen Weg der KPI betont, sondern immer auch die ungebrochene Bindung an Moskau, Aussagen, die im Klima des gegenwärtigen Wunschenkens oft untergegangen sind. Am 14. Parteikongress der KPI im März 1975 hat er beispielsweise mit aller Deutlichkeit erklärt, dass ohne «unsere unverbrüchlichen Bande der Solidarität mit der Sowjetunion, den andern sozialistischen Staaten und die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse der Welt... wir unsere Identität als kommunistische Partei verlieren würden» (Herald Tribune, 2. 2. 76). Das ist Klartext. Kurze Zeit danach doppelte ZK-Mitglied Amendola nach: «Autonomie bedeutet nicht, dass wir unsere Sympathien für unsere sowjetischen Genossen vergessen» (Spiegel, 4. 8. 75). Und auf die naiv-ehrliche Frage einer Journalistin, ob sich die KPI in ihrer Machtstrategie weiterhin beschränken werde, antwortete Berlinguer kürzlich in anerkennenswerter Offenheit: «Welche Garantie kann ich da geben? Streng genommen gar keine.» (Spiegel, 17. 5. 76).

Die Struktur der KPI

Die Organisationsstruktur der KPI folgt dem Vorbild der sowjetischen Partei.

An den alle vier Jahre stattfindenden Parteikongressen wird jeweils das aus 177 Mitgliedern bestehende Zentralkomitee gewählt. Ihm fällt nach den Statuten die grösste Macht zu. Allerdings trifft es sich nur etwa viermal jährlich.

Die tagespolitischen Entscheidungen werden daher vom Direktorium, das 33 Mitglieder umfasst, sowie vom 9-Mann-Sekretariat getroffen.

Die Parteimitglieder sind in Zellen, Abteilungen und Regionen organisiert.

Die Mitgliederzahl der Partei wird gegenwärtig mit 1 715 922 ausgewiesen.

Die Parteidisziplin wird nach dem marxistisch-leninistischen Prinzip des «Demokratischen Sozialismus» strikte durchgesetzt: nachdem ein Mehrheitsbeschluss gefasst ist, muss sich jedermann ohne Diskussion und Widerstand unterziehen. Andernfalls droht der Ausschluss, wie er gegenüber dem Direktoriumsmitglied Reale 1956, ZK-Mitglied Onofri 1957 und der Manifesto-Gruppe 1969 gehandhabt worden ist. In innerparteilichen Angelegenheiten gibt es daher keine Redefreiheit, die die KPI indessen zu unterstützen vorgibt.

KPI-Anteil in Parlamentswahlen

Jahr	Stimmen	%	Man- date auf	von insge- samt
1948	8 025 990	30,7	182	574
1953	6 121 922	22,6	143	590
1958	6 700 812	22,7	140	596
1963	7 763 854	25,3	166	630
1968	8 551 347	26,9	177	630
1972	9 085 927	27,2	179	630

Regionalwahlen

1970	KPI-Anteil	27,9%
	CD -Anteil	37,9%
1975	KPI-Anteil	33,5%
	CD -Anteil	35,2%

● Abgesehen vom ideologisch bedingten Solidaritätsreflex der italienischen Parteileitung ist die KPI finanziell von Moskau abhängig und schon deshalb nicht in der Lage, einen Kurs gegen Moskau zu steuern (siehe rechts unten).

● Kein Regime, das sich auf den von Moskau unabhängigeren Kurs des «humanen Kommunismus» begab, hatte bis heute je Erfolg oder Dauer. Das gilt namentlich für Dubcek; er hatte im Prager Frühling eine glaubwürdige Distanz zu Moskau eingenommen und wurde von Moskau manu militari an der Fortsetzung seiner Politik gehindert.

● Kompromisse und Regierungsbündnisse zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten waren für die letzteren immer fatal. Das war in der Sowjetunion so, als nach der Oktoberrevolution 1917 langsam die nichtkommunistischen Regierungsvertreter ausgebootet und danach vernichtet wurden, und zwar durch die kommunistische Minderheitspartei. Es war so in allen europäischen Satelliten, aber auch in Kuba. Die gleiche Entwicklung zeichnet sich in Mosambik ab, und sie drohte, in Portugal Wirklichkeit zu werden. Diese Entwicklungen sind von Laszlo Révész in TM Band 14, «Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa», eingehend und anschaulich dargelegt worden. Auf dem Hintergrund dieses erdrückenden Beweismaterials sind Hoffnungen auf einen national-italienischen Kommunismus als Ausflüsse gefährlichen Wunschenkens zu bezeichnen.

● Das Programm der KPI unterscheidet sich nur in einem wesentlichen Punkt vom Programm einiger italienischer sozialistischer Parteien: In der KPI-Abhängigkeit von Moskau. Ginge es der KPI-Führung nicht um eine Stärkung der Position Moskaus in Italien, sondern ausschliesslich um die Verwirklichung ihres Reformprogrammes, so müsste sie sich auflösen und die entsprechenden sozialistischen Gruppierungen unterstützen.

● Bleibt im Grunde nur die Hoffnung auf die positive «romanische Korruption» des Totalitarismus. Aber das ist eine Illusion, wie das Beispiel des eingangs erwähnten Faschismus beweist. Solange der Faschismus eine nationale italienische Erscheinung bleiben konnte, stellte er eine weit tolerablere Diktatur dar. Als aber Mussolini in die Abhängigkeit Hitlers und in den Sog des Nationalsozialismus geriet, verlor sein Faschismus die romanischen Milderungen zum humaneren System.

Wenn als Ergebnis der italienischen Parlamentswahlen vom 20. Juni sich eine Regierungsbeteiligung der KPI aufdrängt, so kann in den grossen Zügen folgende Entwicklung als wahrscheinlich bezeichnet werden.

Im Falle der Machtbeteiligung

● Die KPI wird ihre Angriffe auf den italienischen Staat unverzüglich einstellen. Alle wilden Streiks, die Italiens Wirtschaft gelähmt haben, werden abgebrochen, desgleichen die Wirtschaftssabotage. Das Land wird zu Ruhe und Ordnung zurückfinden können — oder müssen. Die KPI wird sich als Hauptträger dieser Ordnung ausgeben, nötigenfalls sogar ein Streikverbot nach osteuropäischem Vorbild durchsetzen, und vor allem Armee und Polizei stärken.

● Auf diese Weise wird die KPI ihre Basis in der Bevölkerung zu verbreitern trachten, damit sie ihren Anteil an der Regierungsgewalt ausbauen kann. Die von ihr kontrollierten Ministerien werden in den Schlüsselpositionen von KPI-Mitgliedern besetzt, ohne dass sich das für Italien zunächst als nachteilig auswirken würde. Die Phase der nationalen Politik der KPI soll im Gegenteil möglichst lange dauern. Während dieser Zeit wird die Distanz von Moskau weiterhin in aller Öffentlichkeit bekundet.

● Der Vorteil dieser Haltung für Moskau liegt nicht nur darin, dass der sowjetische Einfluss in Italien potentiell verstärkt, wenn auch noch keineswegs bekundet wird, sondern vor allem in den Auswirkungen auf Westeuropa allgemein. In Frankreich würde Marchais in der «Union de la gauche» erheblichen Einfluss gewinnen. Auf der iberischen Halbinsel müssten die Christdemokraten geschwächt werden. Deutschlands CDU geriete in eine Art Isolation.

● Die KPI-Regierungsbeteiligung würde sogleich nach Titos Ableben einer ersten und ernsthaften Belastungsprobe unterworfen. Die kommunistischen Minister in Rom würden dann alles daran setzen, die jugoslawisch-italienische Grenze zu schliessen und sich, als Entgelt ihres weiteren Wohlverhaltens in italienischen innenpolitischen Fragen, vermutlich auch durchsetzen. Damit wären die Titoisten in Jugoslawien isoliert und die prosovjetschen Jugoslawen für den Kampf um Titos Nachfolge wesentlich gestärkt.

● Die Phase der nationalen Politik der KP käme zum Abschluss, sobald die westeuropäischen kommunistischen Parteien genügend gestärkt sind — Vollzug einer Regierungsbeteiligung dieser Parteien in Frankreich, Spanien und Portugal, prosovjetsches Regime in Jugoslawien —, um Moskau zu erlauben, den langsamen Übergang zu sowjetischen Regimes in Westeuropa einzuleiten. Dann aber würde sich der italienische Nationalcharakter, der den eigenständigen Totalitarismus meist zu mildern vermochte, gegen die Fremdherrschaft der KPI ebensowenig durchsetzen können, wie er den Anschluss Mussolinis an Hitler — mit allen für Italien so tragischen Folgen — zu verhindern wusste.

Zu aller Misswirtschaft, Unfähigkeit und Korruption der italienischen Regierungen der letzten Jahre ist die KPI keine Alternative im italienischen Interesse. Eine solche vermöchte nur eine Erneuerung der Christdemokraten, der Liberalen und der Sozialdemokraten anzubieten, gestärkt von der Erkenntnis, dass es für den Bürger einer offenen Gesellschaft viel besser ist, wenn er einen schwachen Staat mit seinen persönlichen Anstrengungen unterstützt, als wenn er einem starken Staat ohnmächtig und hoffnungslos ausgeliefert bleibt. ■

Die KPI-Finanzierung

Die kommunistische Partei Italiens (KPI) unter ihrem Führer Berlinguer hat sich in Anknüpfung an Togliattis politisches Testament in den letzten wenigen Jahren einer gewissen Zurückhaltung gegenüber Moskau beflissen. Unter dem Schlagwort des «historischen Kompromisses» bereitete sie sich systematisch auf eine Regierungsbeteiligung in Rom vor. Mit den auf den 20. Juni angesetzten Parlamentswahlen ist dieses Ziel in greifbare Nähe gerückt. Es ist daher nicht überflüssig, die Unabhängigkeit der KPI einmal auf dem materiellen Hintergrund zu prüfen.

Wenn Engels am Grabe von Karl Marx gesagt hat, dass der Mensch zuerst essen, schlafen und sich kleiden müsse, bevor er philosophieren und politisieren könne, so gilt das auch für die grosse Zahl von Funktionären der KPI und ihrer Organisationen. Woher kommt das Geld für deren Löhne, für die Parteipresse, für die Lokalmieten, für die Wahlpropaganda? Denn die KPI besitzt den absolut grössten Parteiapparat in der ganzen nichtkommunistischen Welt. Vor allem aber verfügt die KPI über eine weitaus grössere institutionalisierte Organisation als jede andere italienische Partei.

Die KPI weist ihr offizielles Budget mit knapp 30 Milliarden Lire aus. Das sind, zum heutigen Tiefstkurs, rund 90 Millionen Franken, entsprechen aber bis vor zwei Jahren rund 200 Millio-

nen Franken. Aber der KPI-Apparat hat ein solches Ausmass, dass Kenner den Finanzbedarf der Partei auf jährlich 90 bis 120 Milliarden Lire schätzen. Woher kommt die Differenz von 60 bis 90 Milliarden Lire?

In italienischen Zeitungen («Corriere della Sera», «Giornale di Milano», «Tempo»), in anderen europäischen («Economist», London) und amerikanischen («New Republic») sind in letzter Zeit interessante Untersuchungsergebnisse veröffentlicht worden.

KPI und Osthandel

Im gesamten Handelsverkehr Italiens mit Osteuropa, mit den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe also, verfügt die KPI über